

Freie Meinung

Ausgabe 2/2016

Bildung

Mehr Pädagogik, weniger Politik!

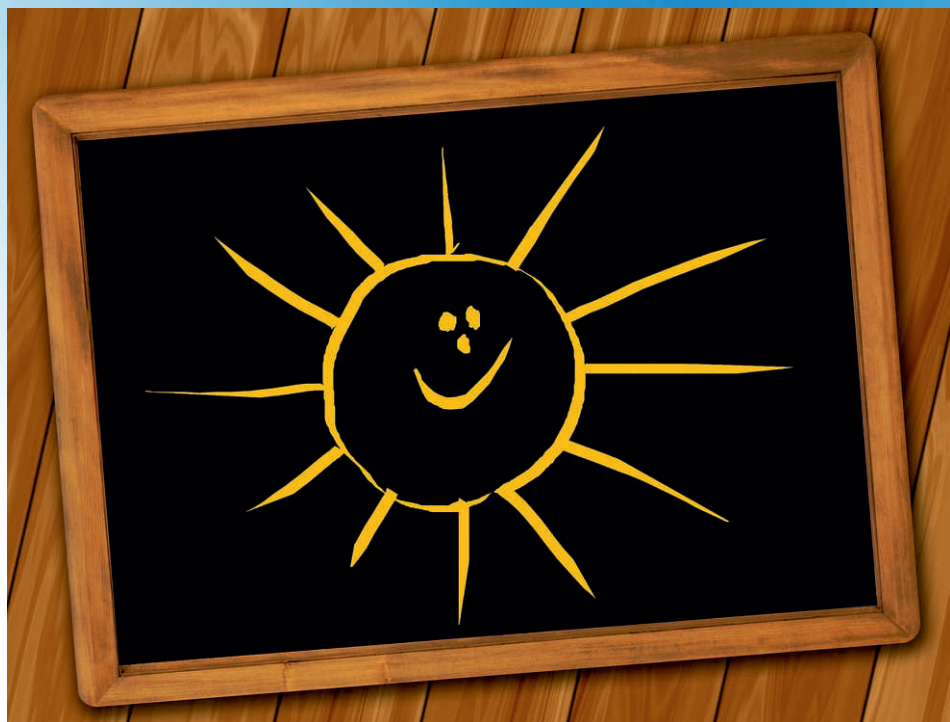
In dieser Ausgabe

Kritisches zu OECD und Pisa
betrachtet Siegfried Neyer

Kuriositäten der „großen“
Bildungsreform findet
OStR Prof. Dr. Josef Pasteiner

Linke Traumschulen ohne Noten
und Sitzenbleiben behandelt
OStR Prof. Dr. Josef Pasteiner

Den Kindergartenskandal in
Wien beleuchtet
OStR Prof. Dr. Josef Pasteiner



Schöne Ferien!



Immer aktuell informiert!

www.flv.at



Die OECD und die Bildung

Von Sigi Neyer



Die Vorgängerorganisation der OECD wurde nach dem 2. Weltkrieg gegründet, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau und Zusammenhalt Europas unter Einbeziehung des Marshallplans zu erarbeiten und umzusetzen. 1961 wurde dann daraus die OECD, der zur Zeit 34 vorwiegend wirtschaftlich höher entwickelte Staaten angehören. Neben den meisten europäischen Staaten und Nordamerika gehören auch Japan, Australien und einige weitere Länder dazu.

Die wichtigsten Ziele sind eine optimale Wirtschaftsentwicklung, hohe Beschäftigung, steigender Lebensstandard und Ausweitung des Welt Handels.

Seit den 1990er Jahren mischt sich die OECD zunehmend in die Gesellschaftspolitik der Mitgliedsländer ein, so auch in die Bildungspolitik. Natürlich spielen gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie auch die Bildung eine maßgebliche Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates. Somit ist es auch legitim, wenn sich die OECD zu Bildungsfragen in ihrem Sinne äußert. Allerdings sollte man Empfehlun-

gen der OECD immer im Zusammenhang mit ihrer eigentlichen Aufgabe betrachten. Bildung wird von der OECD vorwiegend auf wirtschaftlich verwertbare Fähigkeiten und Kenntnisse reduziert. Um Bildung zu messen, wurden von der OECD auch Verfahren entwickelt wie die Festlegung von Kompetenzen, die in Tests messbar sind. Daraus sind dann die PISA-Studien entstanden, die von Bildungspolitikern häufig zur Untermauerung ihrer ideologischen Ansichten missbraucht werden. Erschwerend kommt für nicht englischsprachige Länder dazu, dass diese Tests angloamerikanischen Vorbildern angelehnt sind und die Aufgaben meist auch in Englisch verfasst werden. Fehler und Ungenauigkeiten durch die Übersetzung sind mehrfach nachgewiesen worden.

Die Vergleichbarkeit der Testergebnisse in verschiedenen Ländern ist daher auch beschränkt, zudem wird von den Tests nur ein Teil dessen erfasst, was unter Bildung zu verstehen ist. Zurecht wird PISA in frankophonen und deutschsprachigen Ländern als Versuch kritisiert, durch utilitaristische Bildungsziele einen Druck aufzubauen, Lehrpläne so anzupassen, dass unmittelbar alltagsrelevante Fertigkeiten ein größeres Gewicht bekommen. Hier kommt wieder die ökonomische Zielsetzung der OECD zu Ausdruck. Der Mathematikdidaktiker Thomas Jahnke kritisiert den Grundgedanken, Bildung „standardisieren“ zu wollen und deutet PISA auch als Markterschließung der Testindustrie. Der Philosoph Konrad Paul Lissmann kritisiert PISA als ökonomischen Versuch, die humanistische Bildung im Grunde abschaffen zu wollen und durch simples Wissen im Gegensatz zu Bildung zu ersetzen. Er beklagt die Transformation der Bildungseinrichtung Schule in eine Berufsschule für Kinder und damit das Ende des bewussten und geistigen Menschen und seine Reduktion auf einen Arbeitnehmer und Konsumenten.

Besonders verwundert aber die Empfehlung der OECD, die in der Wirtschaft zurecht Wettbewerb und Differenzierung verlangt, dass Länder mit differenziertem Schulwesen aufgrund der PISA-Ergebnisse die Gesamtschule einführen sollen. Noch mehr verwundert allerdings, dass diese Forderung von linken Politikern blind übernommen wird, die ansonsten mit Wirtschaft wenig am Hut haben. Die Zielsetzung der OECD tritt dabei vollkommen in den Hintergrund nur um eine ideologische begründete Position untermauern zu können.

Dass auch Vertreter der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer OECD Forderungen übernehmen überrascht wenig. Dass aber jene die in ihren Betrieben das Prinzip der Auslese und des Wettbewerbs leben, genau das für den Bildungssektor ablehnen verwundert dann doch.

Über die wahren Hintergründe können nur Vermutungen angestellt werden. Die permanente Feststellung von Standards ist jedenfalls ein Geschäftsfeld für einschlägige Unternehmen, ebenso die Bereitstellung der Unterrichtsmaterialien für einen selbstgesteuerten, individualisierten Unterricht. Auch die Bauwirtschaft profitiert von den Anforderungen, die an Gesamt-

schulen mit individueller Förderung gestellt werden. Statt Klassen werden Lernlandschaften geschaffen mit Klassen- und Gruppenräumen. Pro Schulklasse mit 16 – 20 Schülern werden dann locker Investitionen bis € 2 Millionen fällig, wodurch manche Gemeinden als Schulerhalter in den Ruin getrieben werden. Gleichzeitig können Personalkosten gesenkt werden, wenn Lehrer zu Lernbegleitern

degradiert werden, die nur noch Lernmaterialien austeilten und die Standardüberprüfungen durchführen. Letztlich profitieren davon auch die Privatschulen, denn Eltern, die auf die Bildung ihrer Kinder Wert legen, werden weder Kosten noch Mühen scheuen ihre Kinder dort unterzubringen, wie das in vielen Gesamtschulländern seit langem der Fall ist.

OECD: Differenzierte Schulsysteme fördern besser

Ein eindeutiges Ergebnis bringt der Längsschnittvergleich der aktuellen OECD-Studien. Bildungseinrichtungen in europäischen Staaten mit differenziertem Schulwesen fördern Schülerinnen und Schüler deutlich besser als es in Staaten mit gemeinsamen Schulen der Zehn- bis 14-Jährigen der Fall ist.

Die OECD testete die Leistungen der zehnjährigen Kinder nach der Volksschule in den Studien PIRLS 2006 (Progress in International Reading Literacy Study, Lesekompetenz) und TIMSS 2007 (Trends in International Mathematics and Science Study, Mathematik und Naturwissenschaften). Dieselbe Alterskohorte wurde 2012 in der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) überprüft. Dadurch werden im Vergleich der Staaten, die an allen drei Studien teilgenommen haben, Trends über die Entwicklung der Kinder zwischen dem Abschluss der Volksschule und dem 15. Lebensjahr deutlich.

Kinder in differenzierten Schulwesen verbessern sich zwischen dem zehnten und 15. Lebensjahr deutlich, während sie in Staaten mit Gesamtschulen tendenziell zurückfallen. Quellen: PIRLS 2006, TIMSS 2007, PISA 2012.

Erstmals ist es möglich, auf Grundlage der verschiedenen Ausgangsbedingungen nach den Volksschulen einen fairen Vergleich zwischen europäischen Staaten zu ziehen. Es stellt sich heraus, dass Schülerinnen und Schüler in Deutschland, Österreich und den Niederlanden, also in allen drei Staaten, die über ein differenziertes Schulwesen verfügen, bis zum 15. Lebensjahr deutlich höhere Leistungssteigerungen haben, als Kinder in den Staaten mit gemeinsamen Schulen der Zehn- bis 14-Jährigen. Dies zeigt, dass die oft gehörte Vorstellung, Gesamtschulen seien leistungsfördernder oder leistungsgerechter, mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt – im direkten Vergleich stellen sich Gesamtschulen als weniger förderlich für die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler heraus.

Quelle: Aussendung der Initiative „Pro Gymnasium“

Dem Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverband

4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at
gehören an:

Freiheitlicher Niederösterreichischer Lehrerverein

Obmann: OStR. Mag. Dr. Josef Pasteiner
2700 Wr. Neustadt
Schönthalgasse 1

Freiheitlicher Oberösterreichischer Lehrerverein

4040 Linz, Blütenstraße 21/1
Obmann:
Prof. Dipl. Ing. Harald Sander

Freiheitlicher Salzburger LandesLehrerverein

5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10
Obmann: Dipl.Päd. Gernot Hatzenbichler
Metzgerweg 9, 5071 Wals

Freiheitlicher Lehrerverein Steiermark

8010 Graz, HansSachsGasse 10/4
Obmann: Jürgen Zechner

Freiheitlicher Lehrerverein Tirol

6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72
Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternergig
6020 Innsbruck,
KanonikusGamperGasse 4

Kontakt Vorarlberg

Mag. Siegfried Neyer
Widumweg 4
6780 Schruns

Freiheitlicher Wiener Lehrerverein

Obmann:
SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer
Bartensteingasse 14
1010 Wien

Kontaktadresse Burgenland:

HOL Josef Kotzenmacher
Weingartengasse 5
7152 Pamhagen

Bildungsverein für freiheitliche und unabhängige Lehrerinnen und Lehrer

in Kärnten (BVFU):

Obfrau: Ma g. Sabine Hinteregger
Siebenhügelstr. 128
9020 Klagenfurt

Die Leitung des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes: Obmann:

Mag. Siegfried Neyer,
6780 Schruns, Widumweg 4

Stellvertreter:

SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
SR BOL Dipl. Päd. Franz J. Etzelstorfer

Linke Traumschulen ohne Noten und Sitzenbleiben?

Von Josef Pasteiner

Als bekannt wurde, dass in einer NÖ-Volkschule acht Schüler die 3. Klasse wiederholen, davon jedoch vier mit der Jahresnote Genügend in Deutsch freiwillig, zeigte dies rasch Folgen. In einem Entwurf des Bildungsministeriums zur Schulreform heißt es: „Moderne Pädagogik darf ein Wiederholen von Schulstufen in diesem Altersbereich nicht zulassen.“ Nur in Ausnahmefällen sei es möglich, dass Kinder freiwillig eine Schulstufe wiederholen, was aber „äußerst restriktiv“ zu handhaben sei.

Schützenhilfe bekam Heinisch-Hosek dafür sofort vom OECD-„Bildungsexperten“ Andreas Schleicher, der folgenden Unsinn behauptete: „Klassenwiederholungen in früheren Schuljahren machen es wahrscheinlicher, dass Schüler später schlechte Leistungen erbringen. Sitzenbleiben sei deshalb ein Risikofaktor für Leistungsschwache. Wer eine Klasse wiederholt, habe im Vergleich zu anderen

Schülern das 6,4-fache Risiko auf eine Einordnung als Leistungsschwacher.“ Dabei hat er aber „vergessen“, dass sich unter „Sitzenbleiben“ logischerweise deutlich mehr Leistungsschwache befinden! Auch der Professor für Bildungswissenschaften an der UNI-Wien, Stefan Hopmann, behauptete, dass repetieren schädlich sei. Das habe damit zu tun, dass das „Selbstbild“ beschädigt werde und die Lernmo-



tivation sinke. In welchem Ausmaß das erhöhte Risiko, zu den Leistungsschwachen zu zählen, auf die Negativwirkung des Sitzenbleibens zurückzuführen ist, lasse sich aber

nicht beurteilen, so Hopmann. Dazu müssten Schüler länger beobachtet werden. Auch die OECD schränkt ein, dass kein kausaler Rückschluss aus dieser Analyse gezogen werden kann.

Die langjährigen Erfahrungen der aktiven Pädagogen sehen jedoch anders aus. Meistens verbessern sich Schüler deutlich, wenn sie ein Jahr wiederholt haben und ein Entwicklungsrückstand so aufgeholt wurde. Früher war es selbstverständlich, dass ein Schüler, der nach einem Jahr Volkschule noch nicht ausreichend Lesen und Schreiben konnte, die 1. Klasse wiederholen musste! Es ist nämlich klar, dass ohne diese Fertigkeiten, die man in der 1. Klasse Volkschule lernt, ein weiterführender Unterricht nichts bringt! Diese Tatsache wird an vielen Schulen aber bereits intensiv missachtet. Wie sonst würde es sich erklären, dass über 20 Prozent unserer Schüler nach neun Schuljahren noch immer Analphabeten sind, die auch das Grundrechnen nicht beherrschen! Pflichtschulgewerkschafter Paul Kimberger beklagt auch: „Die Schüler werden immer heterogener, manche sind anderen um drei Jahre voraus.“ Das ist kein Wunder bei so vielen kulturfremden Migrantenkidern ohne ausreichende Deutschkenntnisse. Bei der Einschreibung der Taferlklassler wird zwar festgestellt, ob ein Kind dem Unterricht in der 1. Klasse folgen kann, das Beherrschen der deutschen Sprache ist aber laut Gesetz nicht ausschlaggebend dafür, ob ein Kind für schulreif erklärt wird oder nicht.

Dass die Volksschüler in den ersten

OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Organ des Freiheitlichen Lehrervereins erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wider. Ziel der Druckschrift ist es, die politische und pädagogische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten.

Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FLV, vertreten durch den Obmann (die Obfrau). Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, dgm@a1.net, Tel. 00436505202642.

Gestaltung: Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2

Hersteller: Pleschko & Pleschko, www.pleschko.com, 4631 Krenglbach 27

drei Schuljahren trotz negativer Beurteilungen nicht mehr wiederholen müssen, ist aber nicht alles. Diese Nicht Genügend wird es gar nicht geben, weil auch die Ziffernoten abgeschafft werden sollen! Im Heinisch-Hosek-Entwurf heißt es nämlich wortwörtlich: „Bis einschließlich der 3. Klasse der Volksschule und der Sonderschule soll ein umfassendes Informationssystem an die Stelle der Leistungsbeurteilung von Noten treten.“ Die Schüler dürfen also nur noch verbal beurteilt werden. In regelmäßigen Gesprächen sollen die Eltern über die Lernfortschritte informiert werden. Am Ende jedes Semesters soll es auch eine schriftliche Beurteilung geben, wobei der Begriff Leistung nicht mehr vorkommt. Das wird übrigens bereits in mehr als 2.000 Schulversuchen an vielen Volksschulen praktiziert! Zu den dort durchgeführten „alternativen Formen der Leistungsbeurteilung“ gehören auch das sogenannte Pensbuch bis zum Lernzielkatalog nach Montessori oder die Waldorfpädagogik.

Die von Heinisch-Hosek im Februar 2016 plötzlich verkündete gänzli-

che Abschaffung der Ziffernoten erregte sofort die ÖVP-Bildungssprecherin im Nationalrat Brigitte Janek und den ÖVP-Staatssekretär Mahrer. In künstlicher Empörung verwiesen sie darauf, dass bei der Präsentation der „großen“ Bildungsreform am



17. November 2015 als Kompromissformel angekündigt wurde, dass die Schulen selbst („autonom“) entscheiden können, ob sie verbal oder weiter mit Ziffern beurteilen wollen. Zur verbalen Beurteilung fragte Bettina Steiner in „Die

Presse“: „Wenn es heißt ‚Du hast im Lesen große Fortschritte gemacht‘, bedeutet das, es ist nun eher ein Einer als ein Zweier – oder eher ein Dreier als ein Vierer?“

Für viele Kinder muss es daher ein großer Schock sein, wenn sie in der Semesternachricht der 4. Klasse erstmals an Ziffernoten (hoffentlich) ablesen können, wie ihre Leistungen tatsächlich beurteilt werden. Noch dazu wo diese entscheiden, ob die „Kids“ damit die Chance für die Aufnahme ins Gymnasium bekommen! „Sitzenbleiben ist keine Tragödie“ betont der FPÖ-Bildungssprecher NR-Abg. Dr. Walter Rosenkranz: „Anders als von Heinisch-Hosek dargestellt, führt ein Aufsteigen in die nächste Klasse statt Sitzenbleiben keinesfalls zu besseren Ergebnissen bei den betroffenen Kindern. Die müssen ja in diesem Fall parallel den Stoff von zwei Klassen lernen. Offenbar reichen der Ministerin die sekundären Analphabeten, die das österreichische Bildungssystem bereits jetzt produziert, noch immer nicht aus!“

Zur Neuen Oberstufe (NOST)

„Viele Lehrer wenden sich an mich, die mir von der mangelhaften Vorbereitung des Bildungsministeriums in Bezug auf die flächendeckende Einführung der Neuen Oberstufe (NOST) berichten“, sieht FPÖ-Bildungssprecher NR-Abg. Dr. Walter Rosenkranz die nächste Pleiten-Pech-und-Pannen-Serie auf Ministerin Heinisch-Hosek zurasen. So sei mit dem Schülerverwaltungsprogramm „Sokrates“ diese Einführung offenbar zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. „Immer wieder gibt es auch Beschwerden über dieses Programm, es ist umständlich zu bedienen und bei neuen Anforderungen schwer adaptierbar. Ich werde deshalb die Probleme mit einer parlamentarischen Anfrage ergründen und rauszufinden versuchen, wie sie gelöst werden könnten“, kündigt Rosenkranz an und schließt: „Die von der Arbeitsgemeinschaft der Wiener AHS-Administratoren in einer Resolution geforderte Verschiebung der NOST-Einführung erscheint mir jedenfalls dringend geboten. Dieser Hilferuf sollte nicht ignoriert werden!“

Bundeslehrertag in Linz und politische Kultur

Von Dieter Grillmayer

Am 3. März fanden sich gut 20 Lehrer an Höheren Schulen in der Herberstein-Brasserie im Linzer Schloss (mit einem wunderschönen Blick über die Stadt) zum FOÖLV-Treffen anlässlich des Bundeslehrertages 2016 ein. Dipl.-Ing. Norbert Sander und Dipl.-Ing. Dietmar Wokatsch moderierten die Veranstaltung, in deren Zentrum ein Referat von FPÖ-Bildungssprecher Dr. Walter Rosenkranz stand. Rosenkranz, der auch Obmann des Parlamentarischen Unterrichtsausschusses ist, berichtete über aktuelle Entwicklungen im Bereich Schule und Bildung. Von Seiten der FPÖ-OÖ beehrten Landesrat Elmar Podgorschek, der Linzer Stadtrat Detlef Wimmer und NR-Abg. Roman Haider die Veranstaltung mit ihrem Besuch.

Ich nütze die Gelegenheit dieses Berichts, um ein paar Reminiszenzen und Bemerkungen zur politischen Kultur an Österreichs Höheren Schulen anzubringen. Zu meiner Zeit als Obmann der AHS-BHS-Sektion des Freiheitlichen OÖ. Lehrervereins in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre hatten wir bei diesen Veranstaltungen bis zu 50 Besucher. In besonderer Erinnerung ist mir die Podiumsdiskussion vom 23. März 1983 mit dem bekannten Wiener Ökologen Dr. Peter Weihs zum Thema „Umwelterziehung als Unterrichtsprinzip“. Das war die Zeit einer betont „grünen“ FPÖ-Politik, welche das Thema zwar vollständig abgedeckt hat, das Entstehen einer alternativen „Szene“ aber nicht verhindern konnte.

Der große „Bruch“ ist dann 1986 mit der Wahl von Jörg Haider zum

FPÖ-Bundesparteiohmann eingetreten. Obwohl Haider „nur“ ein bedingungsloser Populist und keineswegs ein „Rechtsextremer“ war, wurde er vornehmlich von der SPÖ als solcher hingestellt, um den Bruch des Koalitionsabkommens mit der FPÖ zu rechtfertigen, und vor allem die „Grünen“ sind darauf hereingefallen. Etwas Besseres hätte der FPÖ eigentlich nicht passieren können, wie ihre Zustimmungswerte von ehemals fünf Prozent auf inzwischen 35 Prozent beweisen.

Lediglich bei den Lehrern an Höheren Schulen sind die Freiheitlichen noch immer „unten durch“, wobei ich Weltverbesserungsträume als Entschuldigung gerade noch gelten lasse, denen aber mangelnder Realitätssinn und damit auch mangelnder Weitblick gegenüberstehen. Vor allem jedoch ist die Meinungsmanipulation anzuprangern, welcher Schüler (und auch Lehrer) an vielen Höheren Schulen in Österreich ausgesetzt sind. Das erklärt z. B. die Präferenz von Maturanten und Akademikern für Van der Bellen bei den Wahlen vom 24. April, während über 70 Prozent der Arbeiter für Norbert Hofer votiert haben. Diesen „unverbildeten“ Menschen ist die vergleichsweise offene und ehrliche Art des FPÖ-Kandidaten positiv aufgefallen, der zusammen mit Herbert Kickl, Manfred Haimbuchner und anderen freiheitlichen Programmdekern seine Partei schon längst in der gesellschaftlichen Mitte verankert hat.

Zur üblichen Diffamierungskampagne der FPÖ-Gegner postete der Bestseller-Autor Thomas Glavinic auf Facebook: „Diese Selbstgefällig-

keit, diese moralische Selbstüberhöhung, diese selbstzweifelsfreie Gewaltsprache, mit der hier Menschen, die ich für intelligent halte, alle Wähler von Hofer in Bausch und Bogen als Nazis, Pack, Bagage und Abschaum niedermachen, ist mir zuwider. Nur weiter so ...“, schrieb Glavinic.

Auch in Schulen grüne Hetze gegen Hofer

Scharfe Kritik kam fünf Tage vor der Bundespräsidentenwahl von FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz zu illegalen Verteilaktionen der Grünen Jugend: „Obwohl jedermann wissen muss, dass parteipolitische Werbung an Schulen verboten ist, hält sich eine Partei wieder einmal nicht daran. Wie bekannt wurde, hat die Grüne Parteijugend in Wels nicht nur vor, sondern auch in Schulen Hetzschriften gegen den FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer verteilt. Das Rundschreiben 13/2008 des BMBF stellt dazu eindeutig klar, dass parteipolitische Werbung unzulässig ist.“ Noch ein Indiz für die Unglaubwürdigkeit des grünen Kandidaten Van der Bellen, der sich mit einem Fairnessabkommen brüstet, an das sich seine Leute nicht halten. Eine parlamentarische Anfrage zwecks Klärung der Verantwortlichkeit der betreffenden Schuldirektoren sei bereits in Arbeit, sagte Rosenkranz.

Gesamtschule: „Gegen Mist kämpfen“

Der Kampf zwischen den Befürwortern einer Gesamtschule und den Verfechtern des Gymnasiums wird in Tirol von Tag zu Tag intensiver: Die Tiroler Bildungslandesrätin, Beate Palfrader (ÖVP), die unbedingt weitere Modellregionen zur Gesamtschule schaffen will, wandte sich vor wenigen Tagen per Brief an die Eltern und wetterte gegen die AHS-Personalvertretung, die „völlig falsche Informationen“ über die Gesamtschulpläne verbreite. Der oberste AHS-Lehrervertreter, Eckerhard Quin, schimpft empört zurück und legt Tirols Landeshauptmann, Günther Platter (ÖVP), indirekt sogar den Rauswurf Palfraders aus der Tiroler Regierung nahe.



aktuellen Forschungsergebnisse nicht. So steht es in Palfraders Brief, der an die Eltern der Unterstufenschüler der Landecker Schule weitergegeben werden musste.

„Ihre Nerven müssen blank liegen, wenn sie so agiert“, schreibt Quin über Palfrader und macht sich auf seinem Blog außerdem noch über einen Tippfehler lustig: „Am besten aber gefällt mir die Bezeichnung derer, die gemeinsam mit dem Direktor gegen die Bestrebungen der Bildungslandesrätin ankämpfen: ‚Mistreiter‘. Tippfehler oder Freud'sche Fehlleistung? Sei es, wie es sei. Aber gegen diesen Mist kann man nur ankämpfen.“

Doch von vorn: Die schwarz-grüne Tiroler Landesregierung will schon lange weitere Versuche zur Gesamtschule starten. Derzeit wartet man auf die gesetzliche Regelung auf Bundeseite, also auf das endgültige Ergebnis der Bildungsreform. In letzter Zeit wurde immer wieder über mögliche Standorte diskutiert – etwa über eine Modellregion in Osttirol, Reutte, Imst oder Landeck.

Vor allem in Landeck kochen die Emotionen seither hoch. Palfrader schrieb in ihrem Brief, dass „im Speziellen das BRG/BORG Landeck und die Personalvertretung der AHS“ gegen „eine sinnvolle Erneuerung des Bildungswesens kämpfen“. Es würden „dreiste Falschaussagen“ getätigt und „unglaubliche Falschinformationen verbreitet“. Außerdem kenne der Direktor die

Eltern sehen „Bildungsdiktatur“

Doch nicht nur die Gewerkschafter, sondern auch Eltern, Lehrer und Schüler kämpfen gegen die Pläne der Landesrätin. Anfang der Woche überreichten die Schulpartner den **T i r o l e r** **Ö V P** - Nationalratsabgeordneten Karlheinz Töchterle und Hermann Gahr eine Petition gegen die Gesamtschulpläne. 1200 Unterstützungserklärungen wurden dafür gesammelt. Auch in der Petition ist der Ton harsch: Modellregionen gegen den Willen der Betroffenen einzurichten würde den „Grundprinzipien der Demokratie widersprechen“ und sei ein „Schritt in Richtung Bildungsdiktatur“.

Quelle: „Die Presse“ vom 2. März 2016

Zur katastrophalen SPÖ-Schulpolitik

„Mit Erschrecken muss man zur Kenntnis nehmen, dass Kinder in Österreich durch linke Experimente im Bildungsbereich in Wahrheit einfach links liegen gelassen werden“, so FPÖ-Bildungssprecher NR-Abg. Dr. Walter Rosenkranz. Im SPÖ-Bildungskosmos gehe es nur um Firlefanz und sinnlose Überfrachtung. Aber bei einem Versagen der Volksschule, die nichts anderes sei als eine Gesamtschule, anschließend auch noch in der Sekundarstufe eine Gesamtschule als Lösung anzubieten sei wohl der Gipfel linker Unlogik! Es fehle an einem konsequent aufgebauten Unterricht in Lesen, Schreiben und Rechnen, stattdessen gebe es gendergerechte Schulbücher, modulare Zaubertricks und zentralisiertes Unvermögen! Schluss sein müsse laut Rosenkranz auch mit der Utopie, ein „Sozialexperiment Schule“ werde alle Probleme lösen. Die SPÖ und in erster Linie die verantwortliche Ministerin Heinisch-Hosek müssen in Bildungsfragen raschest das Feld räumen – es könne nicht mehr länger zugesehen werden, wie die Zukunft der Kinder in Österreich in einem großen Feldversuch aufs Spiel gesetzt wird. Rosenkranz: „Die Frage der Bildung lässt sich auch nicht auf die Globalisierung oder die EU abwälzen, da geht es nur um hausgemachte falsche Lösungen, die seit Jahren im SPÖ-geführten Unterrichtsministerium getätigt werden – damit muss Schluss sein! Und der Regierungspartner ÖVP sollte sich frei nach Willi Molterer fragen, ob es nicht endlich reicht!“

Der Kindergarten-Skandal

Statt fürs Deutsch-Lernen gab die SPÖ Wien Millionen für Islamisten aus
Von Josef Pasteiner

Bei der Präsentation der „großen“ Bildungsreform im November 2015 verkündeten Ministerin Heinisch-Hosek (SPÖ) und Staatssekretär Mahrer (ÖVP), dass zur Verbesserung der Deutschkenntnisse auch ein verpflichtendes zweites Gratiskindergartenjahr kommen solle. Abgesehen davon, dass der Finanzminister dafür kein Geld hat, besuchen schon jetzt 95 % der Vierjährigen freiwillig einen Kindergarten. Kurzfristig gab es in Wien zu Anfang Dezember 2015 eine heftige Debatte, ob der Nikolaus noch in die Kindergärten kommen soll, und wenn ja mit oder ohne Rauschbart, um die Kleinen nicht zu erschrecken, als plötzlich in den Medien ab 6. Dezember der Teufel los war:

Der Professor für muslimische Religionspädagogik an der Universität Wien, Ednan Aslan, gab bekannt, Wien hätte mehr radikal salafistische Kindergärten als jede andere Stadt in der EU! Es gäbe in rund 150 Kindergärten 450 islamische Kindergruppen, die ca. 10.000 Kinder besuchen. Organisiert werde das über 127 Betreibervereine. Vor allem konservativ eingestellte muslimische Eltern schicken ihre Kinder dort hin, wo sie „Halal-Essen“ bekommen und vor dem „dekadenten moralischen Einfluss der Mehrheitsgesellschaft geschützt werden“. Neben den viel zu wenigen Pädagoginnen gibt es dort „Betreuerinnen“, die in Schnellsiedekursen „ausgebildet“ werden und oft nur schlecht Deutsch sprechen. Aslans Vorwürfe gehen weiter: Die stockreligiöse Erziehung erfolge oft nicht auf Deutsch und ein interreligiöser Dialog finde nicht statt. Aslan: „Einige Kindergärten haben Strategien entwickelt. Man reicht einen korrekten Lehrplan ein, lehrt dann aber wie in einer Koranschule.“ Bereits 2009 warnte die Initiative Liberaler Muslime vor Parallelgesellschaften, die in intransparenten Einrichtungen

entstehen. Einige Trägervereine würden der Muslimbruderschaft nahe stehen, andere haben salafistische Tendenzen.

Oberstudienrat Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner ist Mandatar im Kollegium des Landesschulrates (LSR) von NÖ, Bundesobmannstellvertreter und Landesobmann der Freiheitlichen Lehrer von NÖ.

Auf diese Vorwürfe von Professor Aslan reagierte am 8. Dezember der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft Fuat Sanac, diese seien eine Aufhetzung. Es sei „undemokratisch“ und „unmenschlich“, dass muslimische Kindergärten extra untersucht werden. Die Vorwürfe seien „lächerlich“. Es stellte sich heraus, dass die MA 11 nur über elf Kontrolleure für alle Kindergärten Wiens verfügt. Die städtische Förderung pro Jahr und Kind beträgt 2.712 Euro, was für alle Islam-Kindergärten 27 Millionen Euro ergibt. Darauf setzte Außen- und Integrationsminister Kurznach, in dem er in den Islamkin-



dergärten „massive Fehlentwicklungen“ ortete, sowie „Abschottung, um die Kinder vor unseren Werten zu schützen und ein rein islamisches Umfeld zu schaffen“. Dies schade der Integration. Kurz forderte: Schwerpunktmäßige Deutschförderung, Entkoppelung von islamistischen Trägervereinen und mehr unangekündigte Kontrollen.

Am 11. Dezember hatte die „Krone“ auf der Titelseite folgende Schlagzeile: „Staatsanwalt eingeschaltet. Ermittlungen in islamischen Kindergärten – Betrugsverdacht“ und dazu der Text: „Im Zentrum der Ermittlungen stehen Abdullah

P. und seine Kindergartenvereine. Mit Strohleuten soll er Förderungen zweckwidrig verwendet haben.“ Im Auftrag des Magistrats hatte er auch Kindergartenbetreuerinnen „ausgebildet“. Er soll auch Finanzamtsdokumente gefälscht haben. Bei einem Treffen von Kurz mit den Stadträtinnen Wehsely und Frauenberger einigte man sich, gemeinsam eine Studie zu Kindergärten mit Fokus auf religiöse Trägervereine zu starten. Aslan soll neben anderen Experten an der Studie mitwirken. Vor allem mit Einführung des beitragsfreien Kindergartens 2009 und des verpflichtenden Kindergartenjah-



res 2010 suchte die Stadt fieberhaft – und verbunden mit hohen Förderungen – nach privaten Betreibern, die den gestiegenen Bedarf abdecken sollten.

„Die Presse“ formulierte am 12. Dezember: „Vor wenigen Jahren wurde der Gratiskindergarten verkündet. Fast jeder, der ein Kind halten konnte und die Formulare auszufüllen imstande war, versuchte, einen Kindergarten zu gründen. Darunter waren auch viele, die sich dem islamischen Glauben und türkischen Parteien verpflichtet sehen. Es musste schnell gehen, viel Zeit für lange Prüfungen war da nicht. Ghettokindergärten entstanden und wir fördern sie mit Steuergeld. Förderungen sollen durch Urkundenfälschungen erschlichen worden sein. Die MA 10 hat den

Sachverhalt schon am 20. Mai 2015 (!) bei der Staatsanwaltschaft Wien angezeigt.“

Am 16. Jänner 2016 verkündete der „Standard“, der Stadtrechnungshof (= StRH) habe im zweiten Prüfbericht angeführt, dass die Stadt 2011 für die Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen an private Organisationen 249,95 Mio. Euro ausbezahlt hat. 2012 waren es 244,74 Mio. Als Folge von Kritik wurden in den Jahren 2013 und 2014 dann 69 Prozent der Förderansuchen abgelehnt oder zurückgezogen. „Die Presse“ berichtete am selben Tag in dicken Lettern von einem Förderbetrug bei Kindergärten. „Fehlende Kontrolle ermöglichte massive Unregelmäßigkeiten bei privaten Vereinen.“ Demnach wurden Fördermillionen vergeben, ohne die wichtigsten Fakten zu prüfen. Rund 45 Mio. investierte die MA 10 von 2008 bis 2010 für die Schaffung von rund 14.000 Plätzen in privaten Kindergärten. Die stichprobenartigen Prüfungen des StRH ergaben: Einige Trägerorganisationen haben Gemeinnützigkeit nur vorgetäuscht. Für manche Projekte wurden bei den Kosten Fantasiezahlen angegeben, um so höhere Subventionen zu bekommen. Manche Kindergärten hielten die verpflichtenden Öffnungszeiten nicht ein und hatten kein qualifiziertes Personal, kassierten aber trotzdem die volle Subvention.

Am 18. Jänner stoppte Familienministerin Karmasin (ÖVP) die Fördermittel des Bundes für die Stadt Wien. Die Bundesregierung fördert den Ausbau der Kinderbetreuung in dieser Legislaturperiode mit 305 Mio. Euro. Die Stadt Wien sollte davon bis 2018 rund 22 Prozent, das sind 67 Mio. Euro, erhalten. Am 5. Februar erklärte

„Die Presse“, wie dieser „Wildwuchs“ entstand: Als das verpflichtende Kindergartenjahr 2008 beschlossen wurde, war sein Start mit Herbst 2009 festgelegt. Da in Wien aber die Plätze und Kindergärtnerinnen fehlten, war die Stadt auf private Anbieter angewiesen. Für den Ausbau dieser Kindergruppen gab es lockerere Regeln als für städtische Kindergärten. So gab es 2009 in Wien nur 268 private Kindergartengruppen. 2016 sind es bereits 620. Rund 450 der Kindergruppen sollen islamisch sein. Die eingesetzten Betreuer haben nur eine Miniausbildung von 90 Einheiten, die nun auf 400 erhöht werden.

Am 12. Februar überreichte die Stadt der Ministerin Karmasin die geforderte Stellungnahme, die diese aber als „nicht vollständig“ zurückwies. Am 26. Februar legte Prof. Aslan dazu einen Bericht über 178 Seiten vor und nannte die Probleme: Es gibt eine Tendenz zur Isolation in einen politischen und kulturellen Islamismus mit salafistischen Zügen. Auch die in Ägypten streng verbotene Muslimbruderschaft betreibt in Wien mehrere Kindergärten. Ein arabischer Sender begrüßte dies als Öffentlichkeitsarbeit des politischen Islam in Österreich. Die westliche Lebensweise werde als „minderwertig“ bezeichnet. Die muslimisch-religiöse Erziehung nimmt eine besondere Stellung ein und der Islam sei die einzig richtige Lebensform. Homogene ethnische Kindergruppen würden es dem Personal schwer machen, die deutsche Sprache zu fördern. (Das verpflichtende kostenlose Kindergartenjahr wurde 2010 eingeführt um die Defizite in der deutschen Sprache und unserer Kultur auszugleichen!) Aslan fordert daher, nur mehr

Erzieherinnen zu beschäftigen, die Deutsch als Muttersprache haben! Derzeit würde das Auswendiglernen der Koran-Suren betrieben, ein strengstrafendes Gottesbild vermittelt und die Scharia gepriesen. Außerdem halten Kindergartenbetreiber die „Mehrehe für nötig“ oder meinen: „Europa, wie

wir es kennen, wird in einigen Jahren aufhören, zu existieren...“, so die „Krone“ am 27. Februar. Auf Aslans Endbericht erfolgt nun eine „flächendeckende Untersuchung“ aller islamischen „Kindergärten“ bis 2017 durch drei weibliche und drei männliche Fachleute.

Abschließend stellt sich die Frage, warum dieser Riesenskandal nicht schon im Mai 2015 bekannt wurde, sondern erst nach den Gemeinderatswahlen? Wie stark wäre dadurch das Wahlverhalten zu Ungunsten der SPÖ beeinflusst worden?



Gedanken zur Mathematik

In „ZEIT Online“ wurde um den 10. April 2016 herum ein Aufsatz veröffentlicht, in dem der Autor seine Erkenntnisse aus dem Nachhilfeunterricht schildert, den er besucht, um das „Mathe-Abitur“ auf dem Zweiten Bildungsweg zu schaffen. Neben einigen anderen netten Stellen ist mir besonders die folgende positiv aufgefallen:

Vor meinen Besuchen im Hause Nietzsche (d. h. bei dem Nachhilfelehrer) war die Mathematik für mich dieses hermetisch verschlossene Etwas, ein diffuses Kauderwelsch. Mit Raphael (Nitsche) habe ich Vokabeln und Grammatik gepaukt, bis die fremden Klänge sich in wiederkehrende Muster verwandelt haben, die zumindest ab und zu Sinn zu ergeben scheinen. Dabei ist etwas Komisches passiert: Früher habe ich mich beschwert, dass ich die höhere Mathematik niemals im echten Leben brauchen werde, mittlerweile ist es genau das Abstrakte, Zweckentbundene, was mir Spaß macht. Die Tatsache, dass nichts von dem, was ich lerne, etwas mit meinem Alltag zu tun hat, im Gegenteil: Wo sonst alles zwei Seiten hat und sich in Grautönen auflöst, gibt es auf einmal nur Schwarz und Weiß, Ja und Nein. Klare Regeln, klare Antworten. Wer weiß, womöglich würde man nicht so viele orientierungslose Jugendliche an den Islamismus verlieren, wenn der Mathematikunterricht nur ein bisschen besser wäre.

Dieter Grillmayer

Katastrophaler Deutschtest

Die Bekanntgabe des Ergebnisses der Bildungstests 2015 in den vierten Klassen der Volksschulen in Deutsch durch BM Heinisch-Hosek bezeichnet der Bildungswissenschaftler Stefan Hopmann als „eine schlichte Katastrophe“. 70 Prozent der Schüler haben größte Probleme beim Rechtschreiben und der Formulierung von Sätzen. Dabei wurden die vielen „außerordentlichen Schüler“, die fast gar nicht Deutsch können, gar nicht mitgetestet! Die optimistische Aussage der Ministerin, das Ergebnis sei seit 2010 besser geworden, ist jedenfalls nicht nachvollziehbar.

„Am wenigsten mag ich Mathematik und Englisch“

Das Nachhilfeinstitut „Lernquadrat“ erhob in einer selbst durchgeführten Befragung, wie Oberösterreichs Schülerinnen und Schüler lernen. Problemfächer sind nach wie vor Mathematik und Englisch, gelernt wird meistens alleine, auf dem Bett oder mit Mama.

Geschäftsführer Dipl.-Ing. Konrad Zimmermann präsentierte die Ergebnisse von 340 befragten Schülern über einen Zeitraum von vier Monaten. 94 Prozent der befragten Schüler lernen alleine, nur sechs Prozent in der Gruppe. Diese Statistik müsste umgekehrt werden, da besonders die Kommunikation in der Gruppe den Lernfortschritt fördert, betont Zimmermann. Im „Lernquadrat“ lernen die Schüler in Gruppen von drei bis fünf Personen.

Wenig verwunderlich: der Fernseher sollte beim Lernen unbedingt aus bleiben. Musik kann helfen, sollte jedoch nur instrumental sein wie etwa Klassik. Als liebstes Lernritual geben die Schüler das

Essen an – wer kann es ihnen verdenken? Väter spielen übrigens bei der Unterstützung für das Lernen nach wie vor nur eine geringe Rolle.

Obwohl es bei Nachhilfe eine Überversorgung gibt, befindet sich „Lernquadrat“ noch immer im Wachstum. Grund sei laut Zimmermann der völlige Stillstand – die Baustelle Bildungspolitik. „Als ich meine Arbeit als Lehrer antrat, war ich erschrocken. In unserer Schule herrschte noch immer die maria-theresianische Kanzleiordnung. Es war wie vor 250 Jahren.“

Ein „Fleck“ für die Neue Mittelschule

Kein gutes Haar lässt Zimmermann an der Neuen Mittelschule. Ihre Qualität hänge stark von der Umsetzung ab. Es gäbe zwar auch positive Beispiele, in Summe jedoch haben sich die Kosten je Schüler pro Jahr von 4.900 Euro auf 8.000 Euro fast verdoppelt, ohne wirkliche Verbesserung.

Das „böse Image“ der Technik

Zimmermann, der selbst zehn Jahre technische Fächer an einer HTL gelehrt hat, kritisiert den Umgang mit technischen Fächern. In den USA würden beispielsweise Schüler viel positiver an das Fach Mathematik herangeführt. Schuld sei die „BIO- und Umweltbewegung“ vor 30 Jahren, die eine allgemeine Stimmung verbreitet habe, dass jegliche Technik etwas Schlechtes sei. Die Verakademisierung des Bildungsweges der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass vor allem geisteswissenschaftliche Studiengänge überladen sind – technische hingegen klagen nach wie vor über Mangel, genauso die Arbeitswelt. Um eine tatsächliche strukturelle Veränderung bei der Begeisterung für technische Fächer herbeizuführen, sei es laut Zimmermann notwendig, nachhaltig das „böse Image“ der Technik abzuschaffen.

Quelle: „Wochenblick“-Online, 15. April 2016

Zum „Erfolg“ der Neuen Mittelschule (NMS)

Die überschwängliche Begeisterung von Bildungsministerin Heinisch-Hosek über die jüngsten Bildungsstatistiken dämpft FPÖ-Bildungssprecher NR-Abg. Dr. Walter Rosenkranz: „Die Zahlen der Statistik Austria ziehe ich nicht in Zweifel, falsch sind aber die Schlüsse, die die Frau Minister daraus zieht.“ Konkret hatte die Ministerin die steigenden Übertrittsraten von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II mit dem angeblich erfolgreichen Konzept der Neuen Mittelschule erklärt. „Hier liegt meiner Meinung nach der Fehler, denn der Zuwachs ist nicht damit zu erklären, dass die NMS so erfolgreich sind, sondern weil das Niveau der NMS sinkt, denn nur dadurch lässt sich erklären, dass zwar mehr Kinder in die Sekundarstufe II aufsteigen, aber überdurchschnittlich viele davon im ersten Jahr scheitern“, so Rosenkranz. „Ich kenne aber schon die Antwort der Frau Minister: Sie will das Niveau der Sekundarstufe II senken, denn die Quote muss stimmen – ohne Rücksicht auf Verluste und koste es, was es wolle. Die FPÖ wird da aber nicht mitspielen“, kündigt Rosenkranz an.

Kuriositäten der „großen“ Bildungsreform: Bildungskompass, Ausbildungspflicht und Barrierefreiheit

Von Josef Pasteiner

Schon ab September 2016 soll es einen sogenannten Bildungskompass (als Portfolio) für jedes Kind geben, der schon beim 3,5-Jährigen erstellt werden soll. In diesem werden die Potenziale und Entwicklungsfortschritte jedes Kindes bis ans Ende seiner Schullaufbahn dokumentiert. Die Idee dafür stammt von dem ÖVP-affinen Genetiker Prof. Markus Hengstschläger. Sein Vorbild dafür ist der Mutter-Kind-Pass. Hengstschläger dazu im „Standard“ am 28. November 2015: „Das Ziel ist, den Start in die Schuleingangsphase für alle Österreicher fair und gleich zu gestalten. Die Erstuntersuchung können zum Beispiel Kindergartenpädagoginnen oder Psychologen durchführen“. Mit dem Kompass werden „die sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten getestet, den Rest wird die Expertengruppe (?) definieren. Der Bildungskompass hat jedenfalls nicht das Ziel, sich nur auf die Schwächen zu konzentrieren“. Er soll „nur ein Büchlein sein“ und für die Schuleingangsphase sollen die Lehrer darauf Zugriff haben. Er soll weiters Schritt für Schritt mit Gesundheitskomponenten verknüpft werden.

Voll gegen diesen Bildungskompass stellte sich am 12. Jänner 2016 in „Die Presse“ der ehemalige SPÖ-Präsident des Wiener Stadtschulrates Dr. Kurt Scholz mit der Schlagzeile: „Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer“. Und weiter: „Das Vorhaben, Kinder vom dritten bis 18. Lebensjahr kontinuierlich testen zu wollen, ist Unfug. Kindergartenkinder sind keine Testobjek-

te. Keine Wissenschaft soll ihnen die Kindheit rauben. Ein Bildungskompass, der alle Details der jugendlichen Entwicklung speichert, hat mit Kulturerwerb nichts zu tun. Das gläserne Kind als Zukunftsvision – nein danke! Nicht ohne Grund wurden in den 1970er-Jahren die Schülerbeschreibungsbögen, in denen man kleine entwicklungsbedingte Defizite der Kinder jahrelang verfolgen konnte, abgeschafft. Diesen Unsinn als Bildungskompass aufzuwärmen, ist eine Zumutung. Will man Defizite der Kinder feststellen, rede man mit den Kindergärtnerinnen“.

Die Befürworter dieses „Kompasses“ wollen aber, dass dieses Wissen der Kindergärtnerinnen über die Stärken, Schwächen, Talente, Interessen (?) und Begabungen an die Volksschulen weitergegeben wird. Das allergrößte Problem wird dabei die totale Überforderung der Kindergärtnerinnen sein, die bei uns für Gruppen von bis zu 25 Kindern zuständig sind und das mit immer mehr Fremdsprachigen! In Wien sind das gar schon 62 Prozent! Im OECD-Schnitt betreut eine Kindergärtnerin nur höchstens 14 Kinder, in Schweden sind es gar nur sechs und in Deutschland höchstens zehn! Bereits jetzt müssen die Kindergärtnerinnen bei uns ihre Zöglinge testen. So muss 15 Monate vor dem Schuleintritt bei jedem Kind eine zeitaufwändige deutsche Sprachstandsfeststellung durchgeführt werden. Dass dabei, vor allem in den vielen Wiener islamischen Kindergärten, sehr viel geschwindelt wird, zeigt sich dann rasch in

der Volksschule.

Und wie sollen Kindergärtnerinnen bei 3,5jährigen Kindern, die noch gar nicht in den Kindergärten sind, überhaupt einen Bildungskompass anlegen? Da hilft auch kaum, dass eine zweijährige Kindergartenpflicht ab vier Jahren kommen soll, um die derzeitigen katastrophalen Deutschkenntnisse vieler Kinder zu verbessern. Vierjährige Kinder, bei denen keine deutschen Sprachdefizite festgestellt werden, sollen nach drei Monaten eine „Opt-Out“ Möglichkeit aus dem Kindergarten bekommen. Kinder nach drei Monaten wieder aus dem Kindergarten herauszureißen, wo sie gerade viele freundschaftliche Kontakte hergestellt haben, und sie mit fünf Jahren dort wieder hinschicken, das kann nur einer pädagogischen Laien-truppe einfallen!

Da immer mehr Jugendliche nach neun Pflichtschuljahren nicht Lesen, Schreiben und Rechnen können, soll schon ab Herbst 2016 eine Ausbildungspflicht bis 18 Jahre gesetzlich verankert werden. Wer nach neun Jahren das nicht kann, was man früher schon nach einem Jahr Volksschule können musste, darf also noch weitere drei Jahre die Schulbank drücken. Betroffen wären davon pro Jahr mehr als 5.000 Jugendliche. So viele befinden sich nach der neun-jährigen Schulpflicht derzeit weder in einer Berufsausbildung oder einer weiterführenden Schule, noch sind sie berufstätig. Die Ausbildungspflicht bis 18 soll verhindern, dass Jugendliche lebenslängliche

Mindestbezieher werden. Laut „Die Presse“ vom 9. Jänner 2016 dürfen die Jugendlichen zukünftig maximal vier Monate innerhalb eines Jahres ohne Ausbildung sein: „Bei einem ersten Verstoß sind ab Herbst 2017 zwischen 100 und 500 Euro Strafe zu bezahlen. Dieser Betrag erhöht sich im Wiederholungsfall auf 200 bis 1000 Euro. Im ersten Jahr rechnet das Sozialministerium mit zusätzlichen Kosten von 22 Millionen Euro. Im Vollausbau ab 2019 werde man jährlich 80 Mio. aufbringen müssen“. Über diese Ankündigung Hundstorfers zeigte sich die ÖVP wenig erfreut, sie diene nur seiner Profilierung als Präsidentenkandidat der SPÖ. Fakt ist zweifellos, dass die meisten dieser Jugendlichen weder lernen noch arbeiten wollen und durch den Massenansturm an Asylwerbern deren Zahl nun gigantisch ansteigen wird.

Zu dieser Katastrophenentwicklung unseres Bildungssystems passt der jüngst geprägte Begriff „barrierefreie Kommunikation“. Dazu sei die „Wiener Zeitung“ vom 2. Jänner 2016 zitiert: „Wer glaubt, Barrierefreiheit auf einen rollstuhlgerechten Zugang zum Geschäft oder WC reduzieren zu können, irrt allerdings. Denn diese bezieht sich nicht nur auf Gebäudeumbauten, sondern auch auf Kommunikation und Information.“ Der Hintergrund: Mit 1. Jänner 2016 trat das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz von 2006 nach einer zehnjährigen Übergangsfrist in vollem Umfang in Kraft. Niemand darf wegen einer Behinderung diskriminiert werden. Im Bereich Kommunikation und Information sind im engeren Sinn „Menschen mit Lernschwierigkeiten“ betroffen. Die Zahl liegt bei 85.000 (Statistik Austria 2015). Im weiteren Sinn gibt es in Österreich knapp eine

Million Menschen, die sich beim Lesen nicht leicht tun. Um umständliche Texte für diese verständlich zu machen, wurde daher nun die „Leichte Sprache“ entwickelt. In Österreich hat das Social Franchise Netzwerk Capito Wien rund 170 Kriterien erarbeitet, die ein Text erfüllen muss („Leicht Lesen. Der Schlüssel zur Welt, www.capito.eu“). Diese „Qualitätsstandards“ sind TÜV-geprüft. Wer sie erfüllt, erhält das „Leicht Lesen“-Gütesiegel. Überlange Sätze, Fremdwörter und viele Zahlen werden vermieden. Durch Layout und Grafik wird die Verständlichkeit verbessert. Ihren Ursprung hat die „Leichte Sprache“ in den USA und kam seit 2001 über Bremen zu uns. Angeblich ist sie für 40 Prozent eine wichtige Stütze und passt somit zum Neusprech „Gemma Bahnhof“. Neuhochdeutsche Schriftsprache quovadis?

Wer die Wahrheit sagt, hört nur: Gusch!

Unfassbar: Eine Direktorin sagt im „Kurier“, wie es in ihrer Schule zugeht – und muss ab sofort schweigen.

Reisen bildet. Also ist es sicher sinnvoll, dass sich Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek in New York aufhält, bei einer UNO-Tagung. Noch besser wäre es, wenn sie sich dort in einem Problembezirk danach erkundigt, wie ausländische Kinder schneller Englisch lernen. In den USA weiß man aus Erfahrung, dass es Zuwanderer gibt, die es auf eine Elite-Uni schaffen, und solche, die aus der Gesellschaft kippen. Genau darum geht es jetzt auch bei uns, nicht nur in Wien, sondern in allen Bezirken, wo die Schulen mit zu vielen Kindern, die nicht Deutsch können, überfordert sind. Das ist nicht die Schuld der vielen engagierten Lehrerinnen und Lehrer, sondern die Schuld von parteipolitisch besetzten Schulbehörden.

Im „Kurier am Sonntag“ hat die Direktorin einer Neuen Mittelschule ihren und den Alltag von Lehrern und Schülern geschildert. Fazit: Da entsteht eine verlorene Generation. Und die Schulbehörden haben jetzt nichts Besseres zu tun, als dieser ehrlichen Frau, die endlich die Wahrheit sagt, den Mund zu verbieten. Die wollen noch immer nicht verstehen, dass zentrale Verordnungen nicht auf alle Schulen mit völlig unterschiedlichen Herausforderungen passen. Die Lösung heißt Schulautonomie, aber die ist in der jüngsten Schulreform, dem angeblichen „Meisterstück“, wieder nicht vorgesehen.

Jeder weiß, dass viele Lehrerinnen und Lehrer unter untragbaren Zuständen leiden. Wir fordern Sie auf: Sind Sie ein Vorbild für Ihre Schüler, zeigen Sie Zivilcourage und erzählen Sie uns die Wahrheit, egal, was die Behörden sagen, die offenbar riesige Angst haben und deshalb die Wahrheit verschleiern wollen. Gut, dass die Ministerin zu uns nicht Gusch sagen kann.

Quelle: Helmut Brandstätter im „Kurier“ vom 16. März 2016

Streit um Konrad Lorenz

Wie verhielt sich der Verhaltensforscher in Dritten Reich?

Die Universität Salzburg hat dem Biologen Konrad Lorenz die Ehrendoktorwürde entzogen. Wegen einer Schrift aus der NS-Zeit sei er „unwürdig“. Patrick Bahners erläutert in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 21. Dezember 2015, warum diese Entscheidung „bodenlos und schäbig“ ist.

Am 11. November 1983, vier Tage nach seinem achtzigsten Geburtstag, wurde der Biologe Konrad Lorenz von der Universität Salzburg zum Doktor ehrenhalber promoviert. Nach Paragraph 85 der Satzung der Universität kann der Senat verliehene Ehrungen widerrufen, „wenn sich die Geehrten durch ihr späteres Verhalten als der Ehrung unwürdig erweisen oder wenn sich nachträglich ergibt, dass die Ehrung erschlichen worden ist“. Der Beschluss vom 15. Dezember 2015, wonach Lorenz „unwürdig“ erscheint, „als Ehrendoktor der Universität Salzburg geführt zu werden“, stützt sich nicht auf

Verleihung der Umstand verschwiegen“ wurde, dass er sich als Wiener Privatdozent und Königsberger Professor „um eine wirksame Verbreitung nationalsozialistischer Gedankenguts“ bemüht habe.

Zwei Texte werden als Belege dieses Bemühens angeführt: das von Lorenz am 28. Juni 1938, drei Monate nach dem „Anschluss“ Österreichs, gestellte Gesuch um Aufnahme in die NSDAP und ein Aufsatz von 1940 aus der „Zeitschrift für angewandte Psychologie und Charakterkunde“ mit dem Titel „Durch Domestikation verursachte

Störungen arteeigenen Verhaltens“. Nach dem österreichischen Universitätsgesetz kann die Verleihung eines akademischen Grades widerrufen werden, „wenn sich nachträglich ergibt“, dass er „insbesondere durch gefälschte Zeugnisse erschlichen worden ist“. Bedenklich an der analogen Anwendung dieser Norm

auf Ehrendokorate ist, dass die Ehrendoktorwürde dem Geehrten angetragen wird. Schon an der betrügerischen Absicht, wie sie der Begriff des Erschleichens voraussetzt, wird daher zu zweifeln sein.

Die Vorstellung, der neunfache Ehrendoktor Lorenz habe sich in den Kopf gesetzt, vor seinem Tod unbedingt auch noch den Salzburger Doktorhut zu erwerben und zwar notfalls durch Täuschung,



verrät eine groteske Selbstüberschätzung der 1962 gegründeten Paris-Lodron-Universität.

War der Aufsatz von 1940 unbekannt?

Üblicherweise setzt die zuständige Fakultät eine Würdigung der Lebensleistung eines Ehrendoktor-kandidaten auf. Inwiefern könnte Lorenz in diesem Verfahren den Aufsatz von 1940 verschwiegen haben? Bei dem Juristen und SS-Obersturmführer Wolfgang Hefermehl, dem ebenfalls postum der Ehrendoktor aberkannt wurde, vermerkt der Beschluss, dass der Aufsatz „Die Entjudung der deutschen Wirtschaft“ in seinem Literaturverzeichnis unterschlagen wird. Bei Lorenz fehlt die entsprechende Angabe: Sein mehrfach aufgelegtes Schriftenverzeichnis führt die Untersuchung zur Domestikation auf. Als die amerikanische Wissenschaftshistorikerin Theodora Kalikow 1972 ihre Forschungen zu den Veröffentlichungen von

„Der Irrglaube, dass man aus dem Menschen schlechterdings alles machen kann, liegt den vielen Todsünden zugrunde, welche die zivilisierte Menschheit gegen die Natur des Menschen begeht.

Es muss übelste Auswirkungen haben, wenn eine weltumfassende Ideologie samt der sich daraus ergebenden Politik auf einer Lüge begründet ist“

Konrad Lorenz

Verhaltensauffälligkeiten des Verhaltensforschers in den letzten fünf Lebensjahren vor seinem Tod am 27. Februar 1989. Vielmehr soll Lorenz sich die Ehrung erschlichen haben – weil „im Verfahren der

Lorenz aus der NS-Zeit aufnahm, sandte er ihr dieses Verzeichnis zu.

Am 11. Oktober 1973 wurde Lorenz der Nobelpreis für Medizin zugesprochen. In der Zeitschrift der New York Academy of Sciences erschien daraufhin ein Artikel, der seine Eignung in Zweifel zog. Hauptbeleg: der Aufsatz von 1940, den 1972 schon der Psychiater Leon Eisenberg aus Harvard in der Zeitschrift „Science“ kritisch kommentiert hatte. Simon Wiesenthal forderte Lorenz auf, zum Zeichen der Reue auf die Annahme des Preises zu verzichten. Lorenz lehnte das ab, bekundete aber auf der Pressekonferenz in Stockholm sein Bedauern darüber, die inkriminierten Schriften verfasst zu haben. Mit anderen Worten: 1973 erörterte Lorenz vor der Weltöffentlichkeit, was er zehn Jahre später in Salzburg verschwiegen haben soll.

Die Frage, ob es trotz seiner Distanzierung von den Frühschriften eine Kontinuität kontaminierter eugenischer Ansätze bei ihm gibt, wurde

angesichts des Erfolgs seiner zivilisationskritischen Bücher breit diskutiert. Niemandem war diese Dimension seines Werks unbekannt – außer angeblich dem Senat der Universität Salzburg. Die Diskussion dauert an – nur an der Universität Salzburg nicht, die sie für beendet erklärt, indem sie Lorenz zum NS-Propagandisten stempelt. Der Senatsbeschluss zitiert das 2001 bekanntgewordene Aufnahmege-such, in dem Lorenz sich rühmt, es sei ihm gelungen, schon lange vor der Annexion Studenten zum Nationalsozialismus zu „bekehren“. Überlegungen zur Textsorte unterbleiben: Haben die Senatoren wirklich vergessen, wie man als Karriereanfänger in Bewerbungsbriefen den Erwartungen der Empfänger zu genügen versucht? 1983 wollte sich die Universität Salzburg mit dem



Nobelpreisträger schmücken. Ihre eigene Nicht-Thematisierung des NS-Komplexes wird ihm heute nachträglich vorgeworfen. Aus der Urkundenschnur, an der das Universitätssiegel baumelte, dreht man ihm den Strick.

Die Salzburger Gedächtnis-übung ist eine Maßnahme symbolischer Entnazifizierung. Sie ignoriert den Stand des durch Forschung gewonnenen moralischen Wissens über die Wissenschaft im nationalsozialistischen Staat:

dass ihre Schuld nicht bei einigen (im Fall Lorenz: vermeintlich) besonders fanatischen Nazis abgeladen werden kann. Der Beschluss des Senats ist schäbig gegenüber dem Toten, dessen Namen er aus dem Ehrenbuch der Universität Salzburg streicht. In der Sache ist er bodenlos.

„Nach der Schule geh' ich AMS“

„Ein Drittel der Schüler ist später am Arbeitsmarkt nicht vermittelbar.“ Mit diesem Befund, den eine Wiener NMS-Direktorin im „Kurier“ äußerte, ist sie nicht alleine. Es fehlt an allem: „Den NMS hat man Ressourcen für die Sprachförderung genommen“, beklagt Karlheinz Fiedler. Als pensionierter NMS-Direktor weiß er, wovon er redet. „Die Mittel wurden alle in den Kindergarten und in die Volksschule gesteckt, was an sich ja

gut ist. Nur bräuchten sie auch die Mittelschule.“

Das Problem seien nicht die Flüchtlinge: „Die sind hochmotiviert und wollen Deutsch lernen.“ Anders sei das bei den Kindern der zweiten Generation. „Die sprechen ein Kauderwelsch und sind weder in der Muttersprache noch in Deutsch firm.“ So richtig zum Problem wurde das, seit es das Satellitenfernsehen gibt und sie nur türki-

sche, bosnische oder polnische Sender schauen. Das stimmt natürlich nicht für alle Kinder: „Auch bei uns ist es bei einem



Drittel so“. Das bestätigt eine Lehrerin, die anonym bleiben will: „Wenn von zu Hause nichts kommt, haben wir es in der Schule schwer, gegenzusteuern. Bei einigen Schülern ist Leistung ein absolutes Fremdwort.“ Der Satz: „Nach der Schule geh' ich AMS“ fällt da oft.

Dass Kinder von zu Hause ein Mindestmaß an Umgangsformen mitbringen, sei mittlerweile nicht mehr selbstverständlich: „Grüßen, bedanken oder die Türe aufhalten – das übe ich mit den Kindern beim sozialen Lernen“, berichtet die Lehrerin. Nachsatz: „Diesen Mangel stelle ich auch bei AHS-Schülern fest.“ Das hat Folgen:

„Wer das nicht kann, bekommt keine Lehrstelle“, sagt Fiedler, der beim Gewerbeverein Schüler fit für den Arbeitsalltag macht.

Der Frust sitzt tief, wie der Brief eines Lehrers zeigt: „Heterogenität im Unterricht ist eine Tatsache, die wir bewältigen müssen. Wer sie absichtlich herbeiführt, handelt verantwortungslos gegenüber den Kindern. Kein Schüler profitiert von Unterforderung – von Überforderung schon gar nicht. Deswegen bin ich für die Wiedereinführung der Leistungsgruppen.“ Die Behörden würden nicht unterstützen, sondern unsinnige Vorgaben machen: „Wir sollen jetzt Biologie

auf Englisch unterrichten – dabei können die Kinder nicht einmal Deutsch. Das führt bei allen zum Frust.“

Dringend notwendig wäre jetzt ein Bündel an Maßnahmen, meint Elternvertreter Christian Morawek: „Diese Kinder sollten schon mit drei Jahren in den Kindergarten, weil ihnen da der Spracherwerb noch leichtfällt. Zudem müssen wir in die Schulen, die besonders viele Herausforderungen meistern müssen, mehr investieren.“

Quelle: Mag. Ute Brühl im „Kurier“ vom 17. März 2016

Freiheitlicher Lehrerverband
Blütenstraße 21/1
4040 Linz

**Freie
Lehrer**

Beitrittserklärung

Vorname: Zuname:

Schultyp: Amtstitel:

Straße/Nr.:

PLZ / Ort:

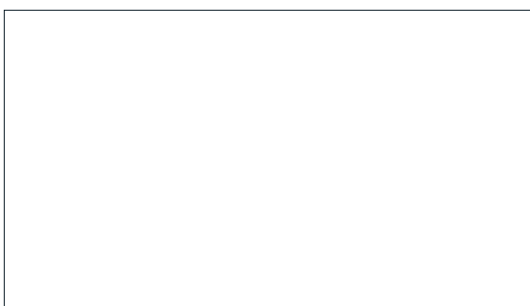
E-Mail:

Tel.Nr.: geb. am:

Ich trete dem FLV Landesverein bei.

Datum: Unterschrift:

Freiheitlicher Lehrerverein



Kontakt:

flv@gmx.at